

Niederschrift

7. Ortschaftsratssitzung Wettersbach

öffentlich

25. Februar 2025,
19.00 Uhr bis 20.45 Uhr

Ort: Bürgersaal Rathaus Grünwettersbach,
Am Wetterbach 40, 76228 Karlsruhe

Vorsitzende: Kerstin Tron, Ortsvorsteherin

Protokollführung: Eugen Dürr

Teilnehmende:

Zahl der anwesenden Ortschaftsräte: 14

(Normalzahl: 16)

Namen der anwesenden Ortschaftsräte:

Herr Stephan Becker	(a)	Frau Marianne Köpfler	(a)
Herr Marcus Brenk	(a)	Frau Gundula Lüchtrath-Klößner	(a)
Herr Harald Ehrler	(a)	Frau Jessica Rabenschlag	(a)
Herr Peter Fehst	(a)	Herr Jonas Schaufelberger	(a)
Herr Daniel Hailer	(a)	Frau Ursula Seliger	(a)
Frau Sieglinde Hock	(a)	Herr Hartmut Stech	(e)
Frau Alexandra Jourdan	(e)	Herr Sebastian Weber	(a)
Herr Roland Jourdan	(a)	Frau Dr. Jenny Winkler	(a)

Sonstige Teilnehmer:

Herr Sebastian Nitka – OV Wettersbach

Zu TOP 1:

Herr Hartmut Allgaier (Amtsleiter) und Frau Daniela Wagner – SuS

Herr Klaus Albrecht – Rektor Heinz-Barth-Schule

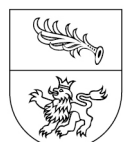
Nach der Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende fest, dass

¹ zu dieser Sitzung am 13.02.2025 ordnungsgemäß eingeladen wurde,

² die Tagesordnung für den öffentlichen Teil ab dem 18.02.2025 auf der Webseite www.karlsruhe.de und am 20.02.2025 im Wettersbacher Anzeiger ortsüblich bekannt gemacht wurde.

³ der Ortschaftsrat beschlussfähig ist.

(k) = krank, (v) = verhindert, (u) = unentschuldigt, (e) = entschuldigt



Verlauf der 7. öffentlichen Sitzung des Ortschaftsrates Wettersbach am 25.02.2025

Zur Sitzung begrüßt Frau Ortsvorsteherin Tron die Anwesenden, sowie den Leiter des Schul- und Sportamtes Herrn Allgaier und seine Mitarbeiterin in der Bildungsplanung Frau Wagner. Anträge zur Tagesordnung werden auf Ihre Abfrage nicht gestellt.

TOP 1	Mündlicher Sachstandsbericht zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf ganztägige Förderung von Kindern im Grundschulalter ab dem Schuljahr 2026/27 in der Heinz-Barth-Schule Wettersbach
	Mit dem Aufrufen des Tagesordnungspunktes verweist Frau Ortsvorsteherin Tron auf die vom Schul- und Sportamt vorbereitete Präsentation. Zunächst stellt sich Herrn Allgaier, der zum 02.01.2025 die Leitung des Schul- und Sportamtes übernommen hat, mit persönlichen Daten aus seinem Werdegang und familiären Umfeld vor. Die Projektleiterin für die Umsetzung des Rechtsanspruches, Frau Wagner, geht anhand der vorbereiteten Präsentation auf die bisherigen Informationsveranstaltungen zum Thema ein. Dabei merkt sie an, dass neben den Fachgremien wie Gesamtelternbeirat, Schulleitungen, Schulausschuss und Jugendhilfeausschuss, der Ortschaftsrat Wettersbach das erste lokale Gremium ist, das über den Sachstand informiert wird. Obwohl sich der Rechtsanspruch an den Träger der Jugendhilfe richtet, wurde innerhalb der Stadt Karlsruhe die Umsetzung an das Schul- und Sportamt delegiert. Ziel der gesetzlichen Regelung ist es, die Betreuungslücke am Ende der Kindergartenzeit schrittweise nach Klassenstufen ab dem Schuljahr 2026/27 bis zur vollständigen Umsetzung ab September 2029 zu schließen. Der Betreuungsanspruch umfasst hierbei 8 Stunden an 5 Werktagen in der Woche, bei einer möglichen Schließzeit von max. 4 Wochen im Schuljahr. Für die Eltern besteht keine Verpflichtung das Angebot anzunehmen, die Teilnahme ist freiwillig und kann jedes Jahr neu gewählt werden. Zur Umsetzung ist in Karlsruhe das Betreuungsangebot neu zu ordnen. Vorgesehen ist ein 2-Säulen-Modell, Ganztagesgrundschule an 4 Tagen mit 8 Stunden und ein Tag als modulares System (MoS), daneben die Halbtagesgrundschule im 5tägigen MoS, die Schülerhorte werden in das MoS integriert. Von den 44 Grundschulen in Karlsruhe sind bereits ca. die Hälfte Ganztagesgrundschulen und erfüllen damit den Rechtsanspruch. An der Heinz-Barth Schule Wettersbach besteht bereits ein MoS, so dass hier zunächst keine größeren Veränderungen vorzusehen sind. Der Umsetzungsstand an den einzelnen Karlsruher Grundschulen kann der Publikation der Tagesordnung zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses im Februar 2025 entnommen werden. Zur vorgesehenen Organisation und den Rahmenbedingungen ist anzumerken, dass die Betreuung in verschiedenen AGs erfolgt, der Betreuungsschlüssel 1:10 analog der Schülerhorte durch das Land vorgegeben ist. Auch wenn das Landesrecht keine besonderen Anforderungen vorsieht, sollen qualifizierte Fachkräfte gewonnen werden. Ein Mittagessen wird angeboten, je nach Kapazität auch für Halbtageskinder. Die Ganztagesstruktur wird in beiden Säulen an die Struktur der gesetzlichen Ganztagesgrundschule angepasst. Um qualifizierte Angebote für die Kinder umzusetzen und Unterbrechungen zu vermeiden, können keine flexiblen Abholzeiten eingerichtet werden. Anhand einer Stadtkarte wird in einem Ampelsystem (vollständig erfüllt, begrenzt, nicht erfüllt - nur Bergwaldschule) der Stand der Erfüllung des Rechtsanspruches in Karlsruhe aufgezeigt. Dabei wird angemerkt, dass nicht jede Schule den Anspruch erfüllen muss. Die bestehenden Angebotsformen zur Erfüllung des Rechtsanspruches wurden in 6 Cluster eingeteilt, von verbindlicher Ganztagesgrundschule über Ganztagesgrundschule in Wahlform, mit und ohne Hort bis zur Halbtagesgrundschule, die den Rechtsanspruch nicht erfüllt. Die Heinz-Barth-Schule ist im Cluster 5,

Halbtagesgrundschule mit begrenzter Ganztagskapazität, einzuordnen. Ein Endausbau zur Vollkapazität wird nicht vor dem Jahr 2031, vermutlich später, wie bei fast allen Halbtagesgrundschulen, erfolgen. Notwendige Baumaßnahmen sind hierbei insbesondere die Einrichtung von Mensen und die Schaffung von Betreuungsräumen. Für die aktuelle bauliche und räumliche Situation bedeutet dies an verschiedenen Grundschulen, die Doppelnutzung von Klassenräumen oder die Umlenkung der Kinder an Ganztagesgrundschulklassen durch Schulbezirkswechsel. Problematisch bleibt, dass kein räumlicher „Overhead“ zum Beispiel für Vorbereitungsklassen und Juniorklassen (Bildungsreform) besteht. In einer besonderen Projektgruppe soll daher das Planungsdilemma zwischen benötigter Kreativräume für eine hochwertige Betreuungskultur und einer effizienten Raumauslastung behandelt werden. Erschwerend hierbei ist, dass keine Qualitätsstandards vorhanden sind und diese erst zu erarbeiten sind.

Nach diesem Bericht erinnert Frau Ortsvorsteherin Tron daran, dass die Angelegenheit in der Dezember-Sitzung des Ortschaftsrates in einer schriftlichen Vorlage vorgestellt wurde und heute im persönlichen Kontakt mit Präsentation nochmals ausführlich erläutert wird.

Zufrieden zeigt sich Herr Ortschaftsrat Weber mit der pädagogischen Berücksichtigung bei der Planung. Weniger schön ist für ihn die schrittweise Einführung nach Klassenstufen und die daraus mögliche Begrenzung älterer Klassenstufen. Im Hinblick auf den monetären Unterschied zwischen Ganztagesgrundschule und modularem System erkundigt er sich nach Unterstützungsmöglichkeiten auch hinsichtlich der Ferienbetreuung. In der Beantwortung verweist Frau Wagner auf die bestehende, von den Eltern bewusst gewählte, beitragspflichtige aber flexiblere Betreuungsmöglichkeit und die Möglichkeiten der Förderung über Bildung und Teilhabe. Die Ferienbetreuung war auch bisher beitragspflichtig. Für das Problem des stufenweisen Rechtsanspruches wird nach Lösungen im Rahmen des weiteren Prozesses gesucht.

Von einer qualitativ positiven Planung spricht Frau Ortschaftsrätin Köpfler, auch hinsichtlich der Ausweitung des Ferienangebotes. Gewünscht wird jeweils ein ortsnahe Angebot nach dem Motto „kurze Beine, kurze Wege“. Gemeinsam mit Herrn Ortschaftsrat Fehst spricht sie die problematische Personalgewinnung aber auch die Priorisierung und die Kriterien des Raumangebotes an.

Berücksichtigt wird eine zumutbare Entfernung z.B. bei einem hierfür notwendigen Schulbezirkswechsel zur Ganztagesbetreuung, ergänzt Frau Wagner. Die Priorisierung erfolgt unter dem Hintergrund der nächst gelegenen Ganztagesbetreuung im Benehmen zwischen Schul- und Sportamt (SuS) und dem Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft (HGW). Hierzu ergänzt Frau Ortsvorsteherin Tron, dass die Angelegenheit dezernatübergreifend behandelt wird und sich aktuell in der Überplanung befindet.

In der Frage des Personals sehen Frau Wagner und Herr Allgaier einen Vorteil bei den bereits bestehenden Ganztagesgrundschulen, für die die Lehrerdeputate bereits vergeben sind. Für die Gewinnung kommunaler Fachkräfte ist ein hoher Betreuungsschlüssel wichtig (1:10), um die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeber zu steigern, auch ist der Übergang der Horte zum Schul- und Sportamt zu berücksichtigen. Die Stellenbemessung wird aktuell angegangen.

Auf die Frage von Herrn Ortschaftsrat Weber zur Schaffung von Individualräumen bzw. den Bedarfvorgaben, wird mitgeteilt, dass ein pädagogisches Raumprogramm in Arbeit ist. Hierbei werden vom SuS die Standards und Anforderungen auch zu Individualräumen in einem Leitfaden definiert.

Auf die Fragen über den Zeitpunkt der Einbeziehung der Schulleitung (Frau Ortschaftsrätin Köpfler) und die geplante Auslastungskapazität, da es sich ja um ein Recht und keine Pflicht zur Betreuung geht sowie die Möglichkeit kleinerer Baumaßnahmen für räumliche Verbesserungen (Herr Ortschaftsrat Jourdan), bekam das Gremium zur Information, dass zunächst die Grundrisse anhand der Gebäudepläne, abhängig von bestehenden Schülerhorten, erstellt werden. Die Ausstattung wird sodann mit den Schulleitungen festgelegt. Die Planung bezieht sich auf eine Auslastung zu 100%. Kleinere Maßnahmen sind im Benehmen mit dem HGW abzustimmen. Hierzu ergänzt Frau Ortsvorsteherin Tron, dass für die Ortsverwaltung die Möglichkeit besteht, zur Abstimmung die bestehenden Strukturen und die dadurch kurzen Laufwege zu nutzen.

Der internen Zurverfügungstellung der Präsentation stimmt Frau Ortsvorsteherin Tron zu, Frau Wagner ergänzt, dass diese in ähnlicher Weise dem Jugendhilfeausschuss vorliegt.

Das Gremium nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

TOP 2	Errichtung eines Klimapfades im Grünwettersbacher Wald als Folgenutzung ehemaliges Schwarzwildgehege Vorlage: 2025/0104
	In der Einführung des TOP erläutert Frau Ortsvorsteherin Tron: Die Folgenutzung des ehemaligen Wildschweingeheges Wettersbach wurde verschiedentlich durch den Ortschaftsrat nachgefragt. Unter dem Arbeitstitel „Klimapfad“ sollen verschiedene Elemente das Gebiet wieder beleben. Die vorgestellte Information soll hierbei als konzeptionelles Angebot, als Idee, verstanden werden. Zur Sicherung der Finanzierung einer Umgestaltung sollen im nächsten Doppelhaushalt Mittel aus der Investitionspauschale des Ortschaftsrates bereitgestellt werden. Weitere für die Umsetzung notwendige Mittel können evtl. aus der Projektförderung des Naturparkes Schwarzwald Mitte / Nord generiert werden. Eine nähere Erläuterung ist in der Herbstsitzung des Ortschaftsrates vorgesehen. Auf den Hinweis von Herrn Ortschaftsrat Hailer, dass der Waldwuchs unterhalb der Hochspannungsleitung als weiteren Kostenfaktor zu berücksichtigen ist, informiert Frau Ortsvorsteherin Tron, dass die Unterhaltung als geringer angesehen wird, als eine Waldbewirtschaftung und die rechtzeitige Pflege durch das Forstamt mit einem machbaren Aufwand berücksichtigt ist. Frau Ortschaftsrätin Rabenschlag führt, unter dem Hinweis auf ihren beruflichen Bezug zu Waldlehrpfaden, aus, dass das Gelände als Ausflugsziel mit dem höchsten Punkt Karlsruhe weiterhin für Erholungszwecke attraktiv gehalten werden sollte. Mit Blick auf den geschädigten Wald und die daraus erhöhte Verkehrssicherungspflicht wäre ein Klimapfad, mit Angeboten für Kinder, zur Sensibilisierung für Wald und Umwelt, eine gute Chance auf die Umweltveränderungen aufmerksam zu machen. Die fachlichen Ausführungen sind für Frau Ortschaftsrätin Köpfler nachvollziehbar. Das Ausflugsziel ist zur Naherholung aufzuwerten, ggf. in Kombination mit der Naturkita. Die Weitergabe ihrer Anregung an die Forstverwaltung, die mit Enten bevölkerte, kostengünstig durch Regenwasser gespeiste Sule zu erhalten, wird zugesagt.

Herr Ortschaftsrat Ehrler fühlt sich von der Beschlussvorlage überrumpelt. Auf seine Ausführungen zur letzten Anfrage, bei der es noch keine Planung gab, unterbricht Frau Ortsvorsteherin Tron mit dem Hinweis, dass die Ortsverwaltung schriftlich auf die Forstverwaltung zugegangen ist und nicht das Bündnis 90 / Die Grünen.

Für Herrn Ortschaftsrat Ehrler geht es (in Änderung seiner Ausführung) mit der vom Bündnis 90 / die Grünen unterstützten Vorlage zu schnell. Er wünscht eine breitere Diskussion und plädiert für eine Findungskommission unter Bürgerbeteiligung, die er auch für eine Förderung durch den Naturpark für wichtig erachtet.

Das Starten eines Findungsprozesses geht für Herrn Ortschaftsrat Ehrler vor, auch auf den Hinweis von Frau Ortsvorsteherin Tron auf die Notwendigkeit der Beschlussfassung, damit die Finanzierung über die Investitionspauschale möglich wird. Frau Tron ergänzt, dass sich der Vorschlag auf ein Gelände der Forstverwaltung bezieht, um den Eindruck eines ad-hoc Vorschlages an die Fraktionen zu vermeiden, wurde die Angelegenheit bereits nichtöffentlich im Gremium vorbesprochen. Auch sind die Förderperioden des Naturparks zu beachten. Hierzu merkt Frau Ortschaftsrätin Rabenschlag an, dass aus ihrer Erfahrung eine Förderung mit bis zu 65 % für dieses Projekt mit dem Thema Klima wahrscheinlich sind.

Frau Ortschaftsrätin Seliger verweist auf den emotionalen Bezug des Schwarzwildgeheges, das finanziell nicht mehr gehalten werden kann. Zur Erhöhung der Akzeptanz plädiert sie für mehr Öffentlichkeit, um die Bürger für eine Änderung mit zu nehmen. Auch wenn der Vorschlag als gut empfunden wird, sollten weitere Ideen zur Umgestaltung ermöglicht und der Antrag auf Förderung hiernach ausgerichtet werden.

Frau Ortschaftsrätin Köpfler sieht eine Möglichkeit nach der Beschlussfassung die Bürgerbeteiligung in der Ausgestaltung der Stationen vorzunehmen. Hier könnte die Bevölkerung ggf. in einer online-Abstimmung interaktiv Aktivitäten einbringen.

Mit dem Hinweis, dass die Verwaltung oft als zu langsam kritisiert wird, bittet Herr Ortschaftsrat Fehst positiv zu berücksichtigen, dass nunmehr, nachdem die Angelegenheit in der letzten Waldbegehung behandelt wurde, bereits ein Vorschlag unterbreitet wird. Die Angelegenheit wurde im Finanzausschuss vorab diskutiert und die Einstellung der notwendigen Gelder beschlossen.

Die Beschlussfassung wäre ggf. um die Einbindung der Bevölkerung bei der Ausgestaltung zu ergänzen, erläutert Frau Ortsvorsteherin Tron. Sie merkt an, dass das Projekt auch von der Gewährung der Fördergelder abhängt und die Bürgerbeteiligung zu definieren ist.

Herr Ortschaftsrat Ehrler weist darauf hin, dass er mit seinem Einwand erreichen wollte, diesen Prozess in Gang zu bringen. Seiner Anregung, die Beschlussfassung zu ändern, folgt Frau Ortschaftsrätin Seliger nicht, für sie sind noch weitere Überlegungen notwendig.

Auf den Begriff „Arbeitstitel“ verweist Frau Ortschaftsrätin Köpfler. Damit ist der Inhalt noch nicht gefestigt, erläutert Frau Ortsvorsteherin Tron, das Konzept wird durch das Forstamt noch vorgestellt. Insofern, ergänzt Herr Ortschaftsrat Fehst, wird über die Umsetzung noch entschieden.

In der folgenden Diskussion unter Beteiligung der Ortschaftsräte*innen Herr Jourdan, Frau Seliger, Frau Rabenschlag, Herr Schaufelberger und Herr Brenk, wird deutlich, dass mit der Beantragung der Haushaltsmittel die Voraussetzungen für eine Folgenutzung geschaffen werden soll, der Bezug Klima und Natur für die Fördermittel notwendig ist, für die nähere Ausarbeitung auf die Zusicherungen der Forstverwaltung vertraut werden kann.

Nachdem der Antrag auf Redeschluss von Frau Ortschaftsrätin Köpfler positiv entschieden wird, liest Frau Ortsvorsteherin Tron den Beschlussantrag vor, der bei einer Enthaltung angenommen wird. Die engmaschige Einbindung des Ortschaftsrates ggf. im Bauausschuss wird hierbei zugesagt.

Die Anregung von Frau Ortschaftsrätin Dr. Winkler die Einbeziehung der Bevölkerung als Bitte des Ortschaftsrates weiter zu geben, wird einstimmig befürwortet.

TOP 3 **Aufstellung geschlossener Aschenbecher an ausgewählten ÖPNV-Haltestellen der Bergdörfer**
Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Ortschaftsratsfraktion Wettersbach
Vorlage: 2025/0085

In der Angelegenheit verweist Frau Ortsvorsteherin Tron auf die Ablehnung der Verkehrsbetriebe (VBK) geschlossene Aschenbecher aufzustellen.

Diese Antwort ist für Frau Ortschaftsrätin Lührath-Klößner unbefriedigend. Es besteht zwar ein allgemeines Rauchverbot an Haltestellen, dieses wird jedoch weder überprüft, noch wird darauf hingewiesen. Da das Rauchen im Freien stattfindet, wäre es ein paar Meter entfernt von der Haltestelle erlaubt, mit der gleichen Auswirkung, dass die Zigarettenkippen auf dem Boden landen und damit als Gifteintrag nicht filterbar im Wasser aufgenommen werden.

Während Frau Ortsvorsteherin Tron auf die Eigentümereigenschaft der VBK hinweist, sieht Herr Ortschaftsrats Hailer in der Aufstellung von Aschenbechern ein schwieriges Signal zum Rauchverbot.

Frau Ortschaftsrätin Lührath-Klößner informiert, dass in den weiteren Bergdörfern die eingebrachten Anträge mit dem Hinweis auf die Haushaltslage abgelehnt wurden, lediglich im Stadtteil Durlach wurden 5 Behälter zugelassen, wobei der Hintergrund hier nicht bekannt ist. Zu Ihrer Überlegung Hinweisschilder auf den Gifteintrag aufzustellen, gibt Frau Ortsvorsteherin Tron zu bedenken, dass das Eigentum der VBK zu beachten ist, auch betrifft der Aufwand an den Haltestellen unmittelbar das Budget der VBK.

Herr Ortschaftsrats Jourdan bestätigt aus eigener Beobachtung die Verschmutzung der Haltestellen mit Zigarettenkippen. Er erinnert, dass vor 10 Jahren schon ein gleichartiger Antrag abgelehnt wurde. Nach der Satzung der Stadt stellt das Wegwerfen eine Umweltverschmutzung dar.

Bei den weiteren Anregungen, Ersatz der bestehenden Abfallbehälter durch wasserdichte (Frau Ortschaftsrätin Lührath-Klößner) wird auf die Brandgefahr, zur Montage von Aschenbechern außerhalb der Haltestellen (Frau Ortschaftsrätin Dr. Winkler) wird auf das Budget des Tiefbauamtes hingewiesen.

Anhand der jährlichen Flurputzaktion verdeutlicht Frau Ortschaftsrätin Seliger die gegebene Verschmutzung, obwohl das Rauchverbot formal besteht und damit keine Aschenbecher aufgestellt werden. Die Behälter würden durch die Bürgerinitiative nicht nur aufgehängt sondern auch geleert. Dazu gibt Frau Ortsvorsteherin Tron zu bedenken, dass ein solcher Präzedenzfall die Möglichkeit schafft, dass auch anderweitige Gegenstände aufgehängt werden müssen.

Das Aufstellen von Aschenbechern sieht Herr Ortschaftsrat Schaufelberger als ein Signal gegen das bestehende Rauchverbot, Zigarettenkippen würden trotzdem auf dem Boden landen.

Im weiteren Verlauf, verweist Herr Ortschaftsrat Brenk auf mögliche Feuerwehreinsätze bei geschlossenen Abfallbehältnissen und das Problem der Verlagerung auf die Anwohnerschaft durch Hinweisschilder. Herr Ortschaftsrat Weber wird auf die erfolgte Ablehnung der VBK zu möglichen Kooperationen hingewiesen. Herr Ortschaftsrat Becker wirbt für Informationen zum Rauchverbot. Herr Ortschaftsrat Jourdan wird über die Zuständigkeit des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) für Umweltvergehen im gesamten Stadtgebiet informiert.

Am Ende der Debatte sieht Frau Ortsvorsteherin Tron einen guten Weg in der Anregung von Frau Ortschaftsrätin Seliger, eine offizielle Anfrage an die VBK zu richten, zur grundsätzlichen Vermeidung von Verschmutzungen an Haltestellen.

TOP 4	Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse
	Frau Ortsvorsteherin Tron gibt folgende zuletzt nichtöffentlich gefasste Beschlüsse bekannt: Personalentscheidung über die Stellenbesetzung des Ortsbaumeisters Wettersbach. Zustimmung zu den Bauanträgen - Nutzungsänderung Wohnhaus Busenbacher Str. 13 und Umbau zu einer Kindertagesstätte sowie, Nutzungsänderung des Pavillons Zur Dorfries 1a und Umbau zu einer provisorischen Kindertagesstätte

TOP 5	Mitteilungen der Ortsverwaltung
	Unter diesem Tagesordnungspunkt informiert Frau Ortsvorsteherin Tron, dass der diesjährige Dreckwegtag / Flurputzete am 21.03.2025 stattfindet. Die Sitzungen des Ortschaftsrates am 18.03.2025 und am 08.04.2025 finden im Musiksaal der Heinz-Barth-Schule statt, da aufgrund der Themen ein höheres Besucheraufkommen erwartet wird.

TOP 6	Anfragen aus dem Ortschaftsrat
	Herr Ortschaftsrat Weber wurde von den Eltern angesprochen am Spielplatz Horfstr. Fahrradständer, geeignet für Kinderanhänger, aufzustellen. Frau Ortschaftsrätin Köppler ergänzt, dass ein starker Bringverkehr zu beobachten ist, die Stellfläche darf nicht zu Lasten von Parkplätzen gehen. Eine Prüfung über das Gartenbauamt sagt Frau Ortsvorsteherin Tron zu. Herr Ortschaftsrat Weber wird

ein Foto über die mögliche Stellfläche der Ortsverwaltung zuleiten.

Die Anregung von Herrn Ortschaftsrat Weber den Abfallbehälter auf dem Spielplatz Im Winterrot Palmbach, der zu nahe am Kleinkinderbereich steht und mit Hundekotbeuteln gefüllt wird, umzusetzen, wird Frau Ortsvorsteherin Tron prüfen lassen.

Herrn Ortschaftsrat Ehrler fragt aus Gleichbehandlungsgründen nach, warum in der Veröffentlichung im Wettersbacher Anzeiger zur Ortschaftsratsitzung am 28.01.2025 zu TOP 5, nur das Zitat der Ortschaftsratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen veröffentlicht wurde, obwohl mehrerer weitere Anfragen bestanden. Frau Ortsvorsteherin Tron wird dies bis zur nächsten Fraktionsbesprechung ergründen.

Der Termin zur Informationsveranstaltung „Radwegenetz“ wird bekannt gegeben, sobald dieser feststeht. Die Federführung hat das Stadtamt Durlach, wird Frau Ortschaftsrätin Lühtrath-Klößner auf ihre Anfrage informiert.

Der KVV-NextBike hat eine Zuwendung von 10 weiteren Lastenfahrrädern erhalten. Auf Anregung von Frau Ortsvorsteherin Tron, wird Frau Ortschaftsrätin Lühtrath-Klößner eine Anfrage zur Aufstellung eines Lastenrades in Wettersbach stellen.

Hinsichtlich der Leitungsverlegung und dem Auflösen der Dacheinspeisung kommunizieren die Stadtwerke nur direkt mit den Eigentümern, erhält Frau Ortschaftsrätin Seliger zur Antwort.

Die landschaftspflegerische Ausführungsplanung (LAP) zum Radweg Grünwettersbach - Wolfartsweier ist nach Auskunft des Regierungspräsidiums abgeschlossen, so die Information von Frau Ortschaftsrätin Lühtrath-Klößner. Auf ihre Frage wird mitgeteilt, dass ein Zeitplan bezüglich der Querungshilfe und dem Bau/die Erweiterung der Rad- und Fußgängerbrücke der Ortsverwaltung nicht vorliegt, die Terminplanung erfolgt über die Baustellenkoordination der Stadtverwaltung.

Frau Ortschaftsrätin Seliger weist auf eine private Petition gegen den Radweg Grünwettersbach – Wolfartsweier hin. Herr Ortschaftsrat Jourdan teilt hierzu mit, dass dies bereits durch die Ortsverwaltung kommuniziert wurde. Auf die Frage von Frau Ortschaftsrätin Köpfler informiert Frau Ortsvorsteherin Tron, dass in einem solchen Verfahren ein Quorum nicht erforderlich ist. Petitionen stehen rechtlich jedem einzeln offen.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen, Frau Ortschaftsrätin Rabenschlag entschuldigt sich, sie kann nicht am nichtöffentlichen Teil der Sitzung teilnehmen.

Stadt Karlsruhe

- Ortsverwaltung Wettersbach -

Niederschrift Nr. 7

über die

öffentliche Sitzung des Ortschaftsrates Karlsruhe-Wettersbach
am Dienstag, 25. Februar 2025 im Bürgersaal des Rathauses Grünwettersbach, Am Wetterbach 40, 76228
Karlsruhe

Der Ortschaftsrat

Roland Jourdan

Peter Fehst

Ursula Seliger

Gundula Lücktrath-Klöckner

Schriftführer
Datum

Ortsvorsteherin
Datum

Eugen Dürr

Kerstin Tron